

Aktuelles Stichwort: Brexit – britische Position jetzt klarer erkennbar – Banken positionieren sich

20. Januar 2017: Am Dienstag hat die britische Premierministerin Theresa May in einer Rede die grundsätzlichen Vorstellungen der britischen Regierung zum Brexit vorgestellt.

Binnenmarktzugang

Überraschend deutlich hat Frau May Abstand genommen von allen vorherigen Aussagen der Brexit-Kampagne oder einzelner ihrer Kabinettsmitglieder, das Vereinigte Königreich (UK) könne weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt haben. Frau May kündigt den Austritt aus der EU, dem Binnenmarkt und der Zollunion an. Für Finanzinstitute bedeutet das, dass der Passport, mit dem Finanzdienstleistungen in anderen EU-Staaten erbracht werden können, nicht mehr zur Verfügung stehen wird – zumal Übergangsregelungen lediglich für spezifische Wirtschaftsbereiche wie den Finanzsektor in der EU politisch nicht durchsetzbar sein werden.

Global Britain

Die britische Premierministerin möchte, dass UK zu einer großen globalen Handelsnation wird und dafür sowohl mit der EU, aber auch mit anderen Staaten, Handelsabkommen abschließt. Dabei setzt sie vor allem auf ein schnelles Handelsabkommen mit den USA. Bisher habe die EU UK daran gehindert, eine echte Handelsnation zu sein. Auch dies ist eine weitgehende Neuinterpretation der Brexit-Kampagne. Für die EU-UK-Partnerschaft fordert sie ein umfassendes und ambitioniertes Handelsabkommen. Die Erwartung ist, dass dieses Handelsabkommen parallel zum Austrittsabkommen verhandelt wird und auch zum voraussichtlichen Austrittstermin im März oder April 2019 in Kraft treten kann und ggf. Übergangsvorschriften enthält. Bisher hat die EU27 parallele Verhandlungen abgelehnt. Zudem ist

es praktisch unmöglich, in dieser kurzen Zeit ein umfassendes und weitreichendes Freihandelsabkommen auszuhandeln und dies auch zu ratifizieren.

Austrittsverhandlungen

Frau May steckt mit ihrer Rede den größeren Rahmen für die Austrittsverhandlungen ab, ohne zu sehr ins Detail zu gehen. Dies bleibt offensichtlich der Notifikation nach Art. 50 EU-Vertrag vorbehalten. Hier liegen aber die wesentlichen kurzfristigen Streitpunkte (insbesondere in Bezug auf Haushaltsmittel und eingegangene Verpflichtungen), die zeigen werden, in welchem Maße überhaupt politische Spielräume für das Handelsabkommen bestehen.

Position des Bankenverbandes

Wir bedauern die Entscheidung UKs, auch wenn sie sich bereits abgezeichnet hatte und realistisch die politische Situation aufnimmt. Der Verlust der Passporting-Rechte wird zu Anpassungen bei den Geschäftstätigkeiten der Institute führen und mit Verlagerungen an andere Finanzstandorte einhergehen. Frankfurt wird von einem Austritt UKs aus der EU profitieren. Eingebettet in eine starke Volkswirtschaft mit hoher Innovationskraft ist die Stadt für die Rolle als kontinentaler Kooperationspartner von britischen Finanzunternehmen geradezu prädestiniert. Den schnellen Abschluss eines umfassenden Handelsabkommens halten wir für unrealistisch.

Kontakt:

Dr. Markus Kirchner
Leiter Verbindungsbüro Berlin
markus.kirchner@bdb.de

Schlagwörter:

Brexit